

Ein weiteres, grundsätzlicheres Problem geht mit der Blockchain einher: Nehmen wir an, eine Blockchain würde tatsächlich die Eigenschaften der Unveränderlichkeit, Öffentlichkeit, Verteiltheit und damit Vertrauenslosigkeit ideal umsetzen: Wie kann nun die Richtigkeit der in der Blockchain gespeicherten Daten sichergestellt werden? Bei Finanztransaktionen ist dies vergleichsweise einfach, kann doch jeder Akteur nur das Geld ausgeben, das im eigenen Account vorhanden ist. Sobald es aber um Aussagen über die Realwelt geht, etwa ob ein Besitzgegenstand Schaden genommen hat, sodass eine Versicherung den Schaden begleichen müsste, leistet die Blockchain nur die unveränderbare Dokumentation der Behauptungen. Das Problem der Richtigkeit und Verlässlichkeit bleibt ungelöst.

Der ewige Wunsch, soziale und gesellschaftliche Probleme durch neutrale Technik lösen zu wollen, ist wohl nie zu erfüllen, sondern unerfüllbar. Sie lässt die Intermediäre verschwinden, aber schiebt sie nur in Bereiche, die nicht abbildbar sind. Zudem folgen die Versuche, Intermediäre aufzulösen, dem neoliberalen Mantra der Individualisierung gesellschaftlicher Risiken: Wesentliche Verantwortung liegt wieder auf den Schultern der einzelnen Person. Wehe denen, die ihr Erspartes durch einen Hack verlieren, weil der heimische Rechner und damit das Bitcoin-Portemonnaie nicht hinreichend abgesichert oder der smarte Rentenvertrag schlecht programmiert war.

Als Gesellschaft müssen wir entscheiden: Ist die Illusion, ohne vertrauenswürdige Dritte auszukommen, wirklich den massiven Ressourcenaufwand permanenter Parallelberechnung wert? Kann dieser in Technik gegossene Anti-Institutionalismus wirk-

lich Grundlage einer Gesellschaft sein? Die Antwort auf diese Frage zeichnet sich in der Bitcoin-Blockchain ab: Das Fehlen von Machtasymmetrien ausgleichenden Institutionen mündet hier letztendlich im anarcho-libertären Recht des (Rechen-) Stärkeren. Gesellschaftliche Subsysteme sind immer vertrauensbasiert – die Frage ist nur, wie das Vertrauen ausgehandelt und legitimiert werden kann. So gesehen wäre das Bitcoin-Projekt ein gut verborgener, aber sehr nachdrücklicher Aufruf zur überfälligen Demokratisierung des Bankensystems.

Literatur

- Chen H (2018) The True Believers of the Blockchain – The True Believers of the Blockchain. In: The Baffler, 18. Online: <https://thebaffler.com/2018/08/18/the-true-believers-of-the-blockchain/> (Stand 01.08.2018).
- Wall Street Journal (2018) Wall Street Rethinks Blockchain Projects as Euphoria Meets Reality. In: Reuters, 27.3.2018. Online: <https://www.reuters.com/article/us-banks-fintech-blockchain/wall-street-rethinks-blockchain-projects-as-euphoria-meets-reality-idUSKBN1H32GO> (Stand: 01.08.2018).
- Jeffries A (2018) Blockchain Is Meaningless. In: The Verge, 7.3.2018. Online: <https://www.theverge.com/2018/3/7/17091766/blockchain-bitcoin-ethere-um-cryptocurrency-meaning> (Stand 01.08.2018).
- Kleintz T (2018) Missverständnisse zur Blockchain. In: Notizblog Pointers & Pointen, 1.2.2018. Online: <https://notes.computernotizen.de/2018/02/01/missverstaendnisse-zur-blockchain/> (Stand 01.08.2018).
- Peck ME (2017) Do You Need a Blockchain?. In: IEEE Spectrum, 29.9.2017. Online: <https://spectrum.ieee.org/computing/networks/do-you-need-a-blockchain> (Stand 01.08.2018).

Gerhart Baum im Interview mit Astrid Löffler

„Scheibchenweise wird Freiheit für eine fragwürdige Sicherheit geopfert“

Warum der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum die Menschenrechte in Gefahr sieht und welche Rolle dabei die Digitalisierung spielt

Vor 70 Jahren, im Dezember 1948, verabschiedeten die Vereinten Nationen (UN) die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In ihrem 1. Artikel wird festgestellt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Wir sprachen mit dem früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum, wie es um die Umsetzung der Menschenrechte heute bestellt ist und welche Chancen und Risiken dabei die Digitalisierung birgt.

Herr Baum, wie stehen wir in Sachen Menschenrechte heute da?

Gerhart Baum: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 war ein Meilenstein in der Geschichte der Menschheit. Ein solches deutliches Bekenntnis zum Menschenrechtsschutz hat es in der Völkergemeinschaft nie zuvor gegeben. Sie war eine Reaktion auf die Barbarei des vorigen Jahrhunderts. In der Folge hat sich ein Völkerrecht entwickelt, das die Menschenrechte konkretisiert – bis heute, etwa durch die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Die Täter bleiben nicht länger straflos. Das heißt, wir haben ein Instrumentarium, wir haben auch ein verändertes Bewusstsein, aber wir haben auf der ganzen Welt nicht nur Fortschritte, sondern nach wie vor schwere Verletzungen der Menschenwürde in vielen Staaten.

Wird die UN-Menschenrechtscharta denn heute überhaupt noch als Errungenschaft oder vielmehr als selbstverständlich wahrgenommen?

Baum: Das ist immer die Gefahr, dass etwas, was lange besteht, als selbstverständlich erachtet wird. Das gilt für unser Grundgesetz und auch für die Europäische Einigung. Aber ich glaube schon, dass viele Menschen begriffen haben, wie wichtig die Menschenrechte sind. Sie sind untrennbarer Teil unserer Außenpolitik. Menschenrechtsverletzungen werden deutlich am Schicksal einzelner Menschen, so im Fall des seit Monaten inhaftierten ukrainischen Journalisten Oleg Senzow, der in einem sibirischen Lager im Hungerstreik ist. Nehmen wir die Menschenrechtsverletzungen in China, und da beispielhaft die Anteilnahme an Inhaftierung und Tod des Friedensnobelpreisträ-

gers Liu Xiaobo, dessen Witwe auf deutsche Intervention hin nach Deutschland kommen konnte. Und auch die schlimme Situation in der Türkei ist im allgemeinen Bewusstsein.

Die Digitalisierung wird einerseits als Chance gefeiert, die Menschenrechte besser durchsetzen zu können, andererseits als Bedrohung gesehen, diese weiter zu untergraben. Was wiegt schwerer?

Baum: Die Digitalisierung bietet Chancen bei der Durchsetzung von Menschenrechten, andererseits ist sie gefährlich. Das haben die Vereinten Nationen auch begriffen. Sie haben eine grundlegende Entschließung verabschiedet über den Schutz der Privatheit, also der Menschenwürde im „digitalen Zeitalter“. Sie wird vielfach verletzt. Die Digitalisierung hat bei allen Chancen, die sie bietet, eine Nachtseite. Sie gefährdet die Freiheit. Und das ist leider viel zu wenig Thema in der deutschen Politik. In den Medien dagegen erfahren wir sehr viel über den Missbrauch, der weltweit mit unseren Daten betrieben wird, über die Manipulationsmöglichkeiten, über den Verlust an Selbstbestimmung. Andere wissen jetzt mitunter mehr über uns als wir selbst. Der Datenmissbrauch beschädigt die Menschenwürde. Die Daten sind auch zu einem Steuerungselement der Gesellschaft geworden. Suchmaschinen sind nicht nur Seismographen, sondern Werkzeuge, mit denen politische Präferenzen erzeugt werden. Durch die Auswertung von Daten kann man das Verhalten bei Wahlen steuern, wie Trump-Wahl gezeigt hat. Google verarbeitet jeden Tag 3,5 Milliarden Suchanfragen. Und es sind nicht nur die Datengiganten, die unsere Freiheit beschädigen, wir selbst hinterlassen überall Spuren, die zu Persönlichkeitsprofilen verdichtet werden können und die tief in unsere Privatheit eingreifen. Der Mensch wird digital berechnet und dadurch beherrschbar, auch dann, wenn wir Datenasketen sind. Wir müssen diesem Menschenrecht auf Privatheit in unserer Gesellschaft und weltweit stärker zur Geltung verhelfen.

Wie kann das gelingen?

Baum: Der Staat hat eine Schutzpflicht. Wir können uns selbst gar nicht mehr schützen. Er muss den Rahmen setzen, wie es z. B. mit dem neuen Europäischen Datenschutzrecht geschehen ist. Wichtig sind jetzt die neuen empfindlichen Sanktionen bei Datenschutzverstößen. Regeln müssen uns auch in einzelnen Lebensbereichen schützen. Das Auto wird zusehends zum fahrenden Computer. Der Herzschrittmacher kann abgelesen werden, der Stromzähler ist verräterisch, die Heiztemperatur im Hause und vieles anderes mehr.

Was ist die Gefahr dabei?

Baum: Die Daten geben Auskunft über uns, über alle Lebensbereiche. Sie können miteinander tausendfach verbunden werden und legen unser Leben offen. Das ist das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass uns der Staat sogar beim Denken zusehen kann. Gegen dieses neue Gesetz der Onlinedurchsuchung habe ich soeben mit anderen in Karlsruhe Beschwerde eingelegt. Die künstliche Intelligenz wird in der Lage sein, menschliche Tätigkeiten zu ersetzen aber auch partiell an unserer Stelle Entscheidungen treffen. Der Computer weiß, wie wir denken und handeln würden. Das sind Schreckensszenarien. Sie werden immer mehr Realität. Die Menschheit muss endlich wis-

sen, wohin sie sich bewegt. Es wird immer so getan, als seien diejenigen, die hier Schutz fordern, Fortschrittsfeinde. Das sind wir auf keinen Fall. Ich denke an den Umweltschutz. Da war es am Anfang auch so: diejenigen, die gesagt haben, wir müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, wurden als Totengräber der Wirtschaft angesehen. Das Gegenteil hat sich gezeigt, und so wird es auch mit dem Datenschutz sein: Produkte, die den Datenschutz ernst nehmen, werden auf dem Markt einen größeren Erfolg haben. Die Menschen müssen sich bewusst werden, dass ein gefährliches Zusammenspiel zwischen den großen privaten Datenverarbeitern und den Nachrichtendiensten stattfindet. Edward Snowden, mit dem ich mich mehrfach in Moskau getroffen habe, hat uns dafür die Augen geöffnet. Wir leben schon seit langem in einem weltweiten Überwachungssystem – und die westlichen Demokratien geben allzu oft kein gutes Beispiel ab.

Trotzdem gehen viele sehr sorglos mit ihren Daten um, haben scheinbar kein Bedürfnis nach Privatheit. Was sagen Sie ihnen?

Baum: Gerade die jüngeren Leute nehmen die Dimension des Problems nicht wahr. Selbst ein Datenschutzasket, der sich nirgendwo beteiligt, hinterlässt heute so viele Spuren im täglichen Leben, die zu Persönlichkeitsprofilen verdichtet werden können. Da kommen Algorithmen ins Spiel, die bereits Erstaunliches leisten und in einer neuen technologischen Phase mit Quantenprozessoren noch sehr viel wirksamer werden. Da liegt es zum Beispiel gar nicht fern, dass nach der Analyse von Mozart-Stücken mittels eines Algorithmus, dieser eine neue Oper im Stile Mozarts komponieren könnte. Die Digitalisierung verändert unser Kommunikationsverhalten, die Art, wie wir diskutieren, die Art, wie Hass in die Gesellschaft kommt. Was früher nur an Stammtischen ausgetragen wurde, wird jetzt tausendfach im Internet zu Shitstorms ausgeweitet. Wir haben tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaft, die mit Angst und Unsicherheit verbunden sind, denen wir offen ins Auge sehen müssen, um ihnen die Spitze zu nehmen.

Das klingt alles sehr negativ. Ist es aus Ihrer Sicht trotzdem eine Errungenschaft, dass es diese technischen Möglichkeiten gibt?

Baum: Ja, selbstverständlich. Ich benutze diese technischen Möglichkeiten auch mehrfach am Tag. Aber wir sollten uns wehren, wenn wir dafür mit unserer Freiheit bezahlen müssen. Dass Vorteile bestehen, wird kein Mensch bezweifeln. Aber es gibt Dinge, die wir bis vor kurzem gar nicht für möglich gehalten haben: Die chinesische Suchmaschine Baidu kontrolliert in der Provinz der Uiguren zum Beispiel Menschen in ihrem ganzen Sozialverhalten – von früh bis abends. Da gibt es ein Punktesystem. Wer etwa bei Rot über die Ampel geht und sich anderes Fehlverhalten leistet, bekommt z. B. keine Wohnung vom Staat. Baidu hat auch einen Algorithmus entwickelt, der anhand von Sucheingaben bis zu drei Stunden im Voraus sagen kann, wo sich eine Menschenansammlung bilden wird, um dann gegen sie vorzugehen. Auf der anderen Seite gibt es zum Schutz der Menschenrechte auch Vorteile durch die Digitalisierung. Amnesty International hat jetzt zum Beispiel eine Auswertung offener zugänglicher Informationen im Internet benutzt, um damit das Ausmaß der Kriegsverbrechen in Syrien und deren Täter z. B. der Giftgasangriffe sichtbar zu machen.

Warum wird die Politik nicht mehr im Spannungsfeld Digitalisierung – Schutz der Menschenrechte aktiv?

Baum: Viele Politiker haben keine Ahnung von der Materie und sind gegenüber dieser Art von Menschenrechtsverletzungen unsensibel. Vor kurzem hat der Chef von Microsoft den Gesetzgeber dazu aufgerufen, sich mit den negativen Folgen treffsicherer Gesichtserkennungs-Software zu befassen. Zuckerberg, der Facebook-Chef hat im US-Kongress eine strengere Regulierung sozialer Netzwerke gefordert. Beide fürchten also auf Dauer eine Akzeptanzkrise. Da muss die Gefahr schon groß sein, wenn Unternehmen nach Regulierung rufen.

Sie werden nächste Woche¹ zu dem Thema in Nürnberg sprechen. Was haben Sie für einen Blick auf die Stadt der Menschenrechte?

Baum: Nürnberg ist für uns eine Chiffre, die sich einerseits mit den Nazis verbindet, andererseits aber für eine schonungslose Aufarbeitung und für beispielhaftes Eintreten für die Menschenrechte. Nürnberg hat sich damit ein neues Image erarbeitet. Das ist eindrucksvoll.

Ein weiterer Zankapfel beim Schutz der Privatsphäre ist die Vorratsdatenspeicherung, gegen die Sie Verfassungsbeschwerde eingelegt haben. Warum ist eine solche Speicherung in Ihren Augen so problematisch?

Baum: Unser Ziel ist nicht die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung, sondern deren Konkretisierung auf bestimmte Situationen hin, wie der Europäische Gerichtshof gefordert hat. Dieser Forderung ist der deutsche Gesetzgeber bisher nicht nachgekommen. Er ist der Blockierer. Dass alle elektronischen Kontakte von jedem Bürger auf ein bestimmte Zeit hin gespeichert und dann auch für Lappalien verwendet werden, also nicht für schwere Delikte, wie das im deutschen Gesetz steht, ist mit der europäischen Grundrechtscharta nicht vereinbar. Wenn wir nicht aufpassen, setzt sich die Erosion der Freiheit fort. Wir haben seit dem RAF-Zeitalter eine sicherheitspolitische Aufrüstung, auch durch die Große Koalition in der vergangenen Legislaturperiode, die beängstigend ist. Scheibchenweise wird Freiheit zugunsten einer fragwürdigen Sicherheit geopfert. Wir leben in einem sicheren Staat. Die Kriminalität gibt nicht Anlass zu Angst und Panik.

Sie sind auch Experte für den Sudan, wo Sie UN-Sonderbeauftragter für die Menschenrechte waren. Was kann man aus der dortigen Entwicklung ableiten?

Baum: Ich habe mich sehr intensiv darum gekümmert, dass die unterdrückten Südsudanesen einen eigenen Staat bekommen. Das ist geschehen und die Folge war, dass sich die beiden Bevölkerungsgruppen gegenseitig zerfleischt haben, sich hunderttausendfach umgebracht haben. Eine tiefe Enttäuschung hat mich erfasst, als ich das nach und nach erfahren habe. Jetzt scheint es so zu sein, dass die beiden Gruppen endlich Frieden geschlossen haben. Aber man darf sich nicht entmutigen lassen; der Kampf für die Menschenrechte ist eine ständige Aufgabe, und Rückschläge sind unvermeidbar. Wir müssen uns vor Augen führen, dass wir auch durch Nichtstun mitschuldig geworden sind, zum Beispiel am Völkermord in Ruanda in den 90er Jahren. Wir dachten, wir leben

in einer Zeit des Friedens und plötzlich hat Völkerhass wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen geführt. Unser Auftrag gerade als Deutsche, die wir das Glück haben, in einer geglückten Demokratie zu leben, in einem wiedervereinigten Land, in einem befreiten Europa, ist, denen zu helfen, die nicht frei leben. Dass wir nicht der Willkür der Staatsorgane, keiner Folter und Verfolgung wegen politischer Überzeugungen ausgesetzt sein dürfen, sind Grundelemente des Menschseins, die gerade wir Deutsche, nachdem wir zwei Diktaturen erlebt haben, verteidigen müssen.

Anmerkung

¹ Gerhart Baum sprach am Donnerstag, 16. August 2018, um 19 Uhr im Neuen Museum Nürnberg zum Thema „Menschenrechte im Kontext der Digitalisierung“. Moderiert wurde die Veranstaltung von Alexander Jungkuntz, dem Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten.

Der Text ist ein Nachdruck aus den Nürnberger Nachrichten/Die Dritte Seite vom 14. August 2018 (Langfassung). Mit freundlicher Genehmigung der Nürnberger Nachrichten und von Herrn Baum.



Obwohl inzwischen 85-jährig, positioniert sich **Gerhart Baum**, Bundesminister a. D. und FDP-Urgestein, klar zu aktuellen politischen Themen. Als Rechtsanwalt strengt er außerdem immer wieder Verfassungsbeschwerden an, unter anderem 2004 erfolgreich gegen den Großen Lauschangriff und gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung (noch nicht entschieden), gegen das Bundeskriminalamtsgesetz, gegen die Durchsuchung von Computern. Ein neues Computergrundrecht wurde geschaffen. Jetzt ist es erneut verletzt worden und wird u. a. von Baum erneut nach Karlsruhe gebracht. Zu erwähnen ist auch das Urteil gegen den Abschuss von gekaperten Flugzeugen, und auch gegen das geplante Polizeigesetz in Nordrheinwestfalen. Und vor allem gegen das Bayerische Polizeiaufgabengesetz, „das den Rechtsstaat mit Füßen tritt“, wie Baum sagt, meldete der Jurist bereits Widerstand an. Er ist ein glühender Verfechter von Demokratie und Freiheit. Sein Denken ist von der konsequenten Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte durchdrungen. Baum war Bundesinnenminister, als die RAF Ende der 70-er Jahre Angst und Schrecken verbreitete und musste sich im Spannungsfeld zwischen dem Grundrecht auf Freiheit und dem Wunsch nach Sicherheit positionieren. Damals forderten viele Menschen weitgehende Einschränkungen liberaler Verfassungserrungenchaften – selbst die Todesstrafe war für einige kein Tabu – denen Baum erfolgreich trotzte.